

**Statement**  
**Dr. Eric Schweitzer**  
**Präsident des DIHK**  
**Pressekonferenz zum Start der Gründungsoffensive**  
**am Donnerstag, 29.11.2018**

Unsere gemeinsame Gründungsoffensive kommt zur richtigen Zeit. Denn seit sieben Jahren erleben wir Jahr für Jahr einen Rückgang der gewerblichen Existenzgründungen in Deutschland. Das ist eine Entwicklung, die uns Sorgen macht.

Aber wir sehen auch Anzeichen für eine mögliche Trendwende: So haben unsere Industrie- und Handelskammern wieder mehr Zulauf bei ihren Gründertagen. Insgesamt beraten die IHKs mittlerweile rund 150.000 Menschen pro Jahr zur unternehmerischen Selbstständigkeit: Gründen wird wieder „in“ – und wir hoffen, den Keim eines neuen Gründeraufschwungs zu erleben – mit innovativen Geschäftsmodellen in traditionellen und ganz neuen Unternehmen.

Davon profitiert das ganze Land. Es hat uns wirtschaftlich stark gemacht, dass sich immer wieder Menschen zugetraut haben, einen Betrieb neu aufzubauen oder zu übernehmen – gerade auch in schwierigen Umbruchphasen etwa nach dem zweiten Weltkrieg oder dem Fall der Mauer. Wir erleben auch jetzt einen Umbruch, mit demographischen und globalen Herausforderungen. Deshalb ist es so wichtig, dass sich

bestehende Familienunternehmen anpassen können. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen, bei der Betriebsübergabe und der Steuerpolitik: Die vor zwei Jahren reformierte Erbschaftsteuer muss jetzt mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden.

Der Standort Deutschland muss außerdem bei der Unternehmensbesteuerung auf den härteren internationalen Wettbewerb reagieren. Angesichts der sehr guten Lage in den öffentlichen Kassen ist eine Entlastung der Betriebe dringend nötig: Wenn nicht jetzt, wann dann?

Genauso wichtig sind bessere Startbedingungen für diejenigen, die auch mit ihrer Unternehmensidee ganz neu anfangen: Ich freue mich ganz persönlich über jeden dieser Pioniere in unserer Wirtschaft. Sie sind sehr willkommen in unseren IHKs. Dort vor Ort in ihrer IHK können sie mit uns über ihre Ideen sprechen.

In diesen Zeiten sind die Innovationsimpulse von Pionier-Unternehmen wichtiger denn je. Wir als Wirtschaft mit unserer Verankerung im gesamten Land brauchen die neuen Gründer. Sie rütteln uns auf. Sie fordern uns, vieles vielleicht doch mal ganz anders zu machen.

Wir sind hier in Berlin, der international bekanntesten Metropole der deutschen Start-up-Szene. Gestatten Sie mir, dass ich das

als Berliner und ehemaliger Präsident der Berliner IHK mit etwas Stolz so betone.

Hier in Berlin finden Gründer eine attraktive Landschaft mit einer lebendigen Wirtschaft, vielen möglichen Kunden, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Hubs und Co-Working-Spaces sowie serviceorientierten Institutionen der Wirtschaft als Bindeglied zwischen Gründern und Politik.

Daran müssen freilich alle Beteiligten permanent arbeiten!

Und es gibt eine Menge zu tun, hier und anderswo. Das wissen wir aus unseren Umfragen: Überall im Land erleben gerade Unternehmer in der Startphase, dass es auf Ämtern und in Behörden immer noch am Verständnis für die Perspektive der Gründer mangelt.

Eine durchschlagende Gründungsoffensive muss überall im Lande stattfinden und spürbar sein – in Berlin, in vielen anderen Städten, aber auch in den Regionen und Gemeinden. In jeder Kommune, in jeder Behörde brauchen wir eine neue Willkommenskultur und Wertschätzung für Unternehmerinnen und Unternehmer!

Wenn wir Gründer fragen, was die Politik für sie tun könne, dann ist einer der häufigsten Wünsche: Weniger Bürokratie!

Es geht dabei gar nicht in erster Linie um den Akt der Gewerbeanmeldung. Es geht um die ganze Fülle von Genehmigungen, Anträgen, Verordnungen, Regelungen.

Jede Vorschrift mag, für sich allein genommen, noch übersichtlich sein. Doch in den Unternehmen wirkt das schier unbegrenzt wachsende Regelungsdickicht in der Summe immer unübersichtlicher. Das fängt bei der Betriebsstättenverordnung an und hört bei den Regularien für Datenschutz, Kassensicherung und Steuern noch lange nicht auf. Glauben Sie mir: Von der Wiege bis zur Bahre sieht ein Unternehmer viel mehr Formulare (als andere Bürger).

Klar ist: Wir brauchen Regeln und Gesetze, damit unser Gemeinwesen funktioniert. Aber unsere Mitgliedsunternehmen signalisieren uns ein kaum noch erträgliches Übermaß. Das hält gerade Gründer davon ab, sich um Kunden, Aufträge, um Produktion und um die Finanzierung zu kümmern. In unserer gemeinsamen Erklärung schlagen wir deshalb ein ganzes Bündel von Maßnahmen vor, um die Bürokratie zu reduzieren.

Eins möchte ich herausgreifen: Für jede Region sollte eine Stelle eingerichtet werden, bei der Gründer online alle Formalitäten erledigen können. Neudeutsch werden solche Stellen „One-stop-Shop“ genannt – andere Länder wie Estland und Dänemark machen uns gerade vor, dass das mit

funktionierendem E-Government wunderbar funktionieren kann. Neben der Fachexpertise braucht es dazu auch den klaren politischen Willen. Wir müssen die Chance nutzen, Gründen attraktiver zu machen. Daher, lieber Herr Altmaier, beteiligt sich der DIHK gerne und mit voller Überzeugung an dieser gemeinsamen Gründungsoffensive!